

Vorstellungsrede von Hermann Gröhe anlässlich seiner Wahl zum CDU-Generalsekretär auf dem Bundesausschusses der CDU Deutschlands am 22. März 2010 in Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich empfinde es als große Ehre, heute für die Aufgabe des Generalsekretärs unserer
Christlich Demokratischen Union Deutschlands um Ihr Vertrauen zu bitten.

In unsere Partei bin ich an meinem 16. Geburtstag eingetreten:

- **beeindruckt** vom Engagement der CDU vor Ort und
von ihren örtlichen Führungspersönlichkeiten,
- **angetrieben** von dem Wunsch, mich einzumischen
und
- **fasziniert** von einer Politik, die in christlichen Wertvorstellungen gründet.

Die Freiheit, mich mit Gleichgesinnten in Schüler Union und Junge Union engagieren und
angstfrei als **Schülersprecher** mit Lehrerinnen und Lehrern anlegen zu können, war dabei
für mich nicht selbstverständlich.

Ich wusste, dass ich der **Flucht** meiner Eltern aus der DDR im Jahr 1958 diese Freiheit
verdankte – und dass diese Freiheit den gleichaltrigen Cousins und Cousinen in der DDR
durch das SED-Regime vorenthalten wurde.

Und so habe ich es als großes Geschenk erlebt, 1990 in Leipzig zum ersten
gesamtdeutschen Vorsitzenden der **Jungen Union** gewählt zu werden.

Und es war mir eine große Freude, gemeinsam mit Freundinnen und Freunden aus der JU
in ganz Berlin, in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und
Thüringen junge Leute zum politischen Engagement einladen zu können.

Meine Damen und Herren,

auf Vorschlag unserer Parteivorsitzenden hat mich der Bundesvorstand im Oktober
kommissarisch mit der Aufgabe des Generalsekretärs betraut.

Für dieses **Vertrauen** bin ich **dankbar**.

Dankbar habe ich in den vergangenen Wochen eine tolle Unterstützung im **Konrad-
Adenauer-Haus** wie auch in den Gremien unserer Partei erfahren.

Dankbar habe ich in vielen Gesprächen mit den Aktiven unserer Partei immer wieder
erfahren, wie viel Herzblut, Engagement und Wissen zahllose Freundinnen und Freunde in
die Arbeit unserer Partei einbringen:

Bei Besuchen in Kreis- und Bezirksverbänden und in den Vorständen unserer Vereinigungen, bei öffentlichen Veranstaltungen oder in internen Diskussionen etwa in Landesvorständen oder Landtagsfraktionen.

Ich sehe meine Aufgabe nicht allein darin, bei solchen Gesprächen die Politik **aus Berlin** zu erläutern und mich entsprechenden Fragen zu stellen.

Ich sehe meine Aufgabe vor allem auch darin, das von mir vor Ort Gehörte in unserer Arbeit **in Berlin** zur Geltung zu bringen.

Und da ist der Befund zurzeit sehr klar:

Beim Blick auf viel zu viel unnützen Streit in den vergangenen Wochen sagen unsere Mitglieder: **Reißt euch zusammen!**

Die Menschen wollen uns arbeiten sehen, nicht streiten!

Das sage ich in dem Wissen darum, dass Politikerinnen und Politiker aus unserer Partei wohl am seltensten Beiträge zum Koalitionskrach auf offener Bühne leisten.

Doch anders als im Sprichwort gilt in der Politik:

„Wenn zwei sich streiten, leidet auch der Dritte.“

Unsere **Aufgaben** liegen auf der Hand. Angela Merkel hat sie klar beschrieben:

- Überwindung der Wirtschaftskrise,
- Konsolidierung und Wachstum,
- Einhaltung der Schuldenbremse, und
- Weichenstellung für eine gute Zukunft: vom Weg in die Bildungsrepublik Deutschland bis zur zukunftsfesten Ausgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme.

Daran gilt es hart zu arbeiten. Deshalb ist es so wichtig, dass in den nächsten Wochen weitere wichtige politische **Entscheidungen** getroffen werden.

Wir brauchen jetzt sehr schnell Klarheit über

- **weitere Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte** und über
- einen **angemessenen Beitrag des Finanzsektors zur Absicherung der Risiken von Finanztransaktionen.**

Die Botschaft muss sein:

Das Casino wird geschlossen.

Wir haben aus der Krise gelernt!

Meine Damen und Herren,

die **Schicksalsfrage für die Union** im 21. Jahrhundert ist die Frage nach unserer Zukunft als Volkspartei!

- Wie können wir in einer bunter werdenden Gesellschaft Integrationskraft und damit Mehrheitsfähigkeit, gemeinsame Identität und klares Profil miteinander verbinden?

- Was müssen wir aus den Wahlergebnissen der letzten Jahre von den verschiedenen Kommunalwahlen bis zur letzten Bundestagswahl lernen?
- Was sollten wir angesichts des Niedergangs der SPD als Volkspartei bedenken?

Diese Debatte ist notwendig. Ich will die Zukunftsfähigkeit unserer Volkspartei in das Zentrum meiner Arbeit stellen.

Ich freue mich über kluge Anregungen und kritische Fragen.

Dabei gilt: Politik ist ein **Mannschaftsspiel!**

Und eine erfolgreiche Mannschaft lebt von ganz unterschiedlichen Charakteren, die jeweils auf ihrer Position ihre Stärken einbringen – und die zugleich den Erfolg des Teams insgesamt im Blick haben!

Zur Mannschaftsdienlichkeit gehört auch, dass wir uns keine Scheindebatten aufzwingen lassen oder selbst einreden.

Stichwort: **Stammwähler – Wechselwähler.**

Klar ist doch: Wir brauchen beide!

Da wir nicht nur Volkspartei sind, sondern auch Mitglieder- und Programmpartei sind, leben wir vom Engagement unserer Mitglieder, die ja gleichsam den Kern unserer Stammwählerschaft bilden.

Und wenn wir nun feststellen, dass sich immer weniger Menschen in diesem Land als Stammwähler einer einzigen Partei verstehen, dann zeigt dies nur die Größe der Aufgabe stets die eigene Stammwählerschaft zu mobilisieren und neue Zustimmung zu gewinnen!

Stichwort: **Modernisierung** *oder* **Bewahrung** –
Dies ist ein Schein-Gegensatz!

Als sich die Gründerinnen und Gründer der CDU im Juni 1945 trafen, da ging es ihnen – in den Worten des **Gründungsaufrufes** von Andreas Hermes vom 26. Juni 1945 – darum, sich auf die [Zitat] „*sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums zu besinnen*“.

Es ging um die Besinnung auf eine christlich-geprägte Tradition, die in den Jahren der NS-Diktatur mit Füßen getreten wurde, ja sich in Teilen selbst missbrauchen ließ.

Und mit dem Ruf zur **Besinnung** auf diese Tradition schufen die Gründerinnen und Gründer unserer Partei **die modernste Partei** in der deutschen Geschichte.
Rückbesinnung und Aufbruch gehörten für sie zusammen.

Tradition und Moderne standen Pate in der Geburtsstunde der CDU.

Tradition und Moderne bestimmen das Koordinatensystem unserer Partei.

Die uns gemeinsame Identität ruht seit den Tagen der Gründung unserer Partei in **Wertvorstellungen**, die im christlichen Glauben wurzeln.
Dazu bekennen wir uns auch angesichts der Folgen von Säkularisierung und staatlich betriebener „Ent-Christlichung“ in der früheren DDR nachdrücklich.

Viele Freundinnen und Freunde aus den Neuen Ländern haben es selbst erlebt, wenn das Bekenntnis zum christlichen Glauben in der früheren DDR Berufs- und Aufstiegschancen

versperre. Gerade sie bestärken uns immer wieder darin, uns klar zum „C“ in unserem Parteinamen als dem zentralen Orientierungspunkt zu bekennen.

Auch mir ist dies ein zentrales Anliegen!

Deshalb sind die christlichen Kirchen, allen voran die beiden großen Volkskirchen, für uns besonders wichtige **Gesprächspartner**. Wir brauchen ein weltzugewandtes, ökumenisch ausgerichtetes Christentum in unserem Land.

Wenn wir uns zur christlichen Wertvorstellung als Kompass unseres politischen Handelns bekennen, dann wissen wir, dass solche Wertvorstellungen heute weit weniger selbstverständlich sind. Es bedarf deshalb immer wieder erneuter Anstrengungen, Menschen von ihnen zu überzeugen.

Meine feste Überzeugung ist es:

Das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild ist auch heute in besonderer Weise geeignet, moderner **bürgerlicher Politik eine Richtschnur** zu geben:

- **Es geht um die Eigenverantwortung** des Menschen, zu der vor allem eine gute Bildung, aber in bestimmten Lebenslagen auch die solidarische Hilfe anderer und die Unterstützung des Sozialstaates befähigen muss.
- **Es geht um Mitverantwortung** für Andere, die zuerst in der eigenen Familie erfahren und gelernt wird, die sich aber auch im Beruf und ehrenamtlichen Engagement entfaltet.
Und:
- **Es geht um Gemeinsinn**, um den Blick fürs Ganze – auch jenseits der Interessen der eigenen Gruppe, auch über die eigene Generation hinaus.

Bürgerliche Politik beruht auf dem Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung – jenseits von Egotrip oder Glauben an die Allmacht des Staates.

Bürgerliche Politik traut dem Menschen etwas zu.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

eine Volkspartei integriert unterschiedliche Positionen. Sie braucht starke **Flügel**, aber den **Kopf und den Rumpf in der Mitte**, damit die Richtung stimmt. Und ihre Spannkraft kann umso größer sein, je gewisser sie sich der **gemeinsamen Identität** ist.

Stets geht es darum, Grundsatztreue und aktuelle Herausforderungen zusammen zu bringen.

Einige Beispiele:

- **Wir sind und bleiben die Partei der sozialen Marktwirtschaft.**
Zugleich hat uns die Finanzmarkt- und **Wirtschaftskrise** gezeigt, dass es nicht mehr allein um den Ordnungsrahmen im eigenen Land geht.
Es kommt die noch ausstehende Durchsetzung der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft_in der Weltwirtschaft hinzu.

- Zugleich führt uns die Gefahr einer **Klimakatastrophe** vor Augen, dass Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit Grundprinzipien unserer Wirtschaftsordnung werden müssen.
- **Wir stehen an der Seite der Familien** – heute wie damals.
- Zugleich wissen wir, dass an der Seite der Familie zu stehen 2010 etwas anderes bedeutet als 1960 oder 1980. Wer der veränderten Wirklichkeit heutiger Familien und den sich daraus ergebenden Wünschen nicht angemessenen Rechnung trägt, der lässt die Familien im Stich.
- **Wir sind für Eigenverantwortung und solidarische Absicherung** der existenziellen Lebensrisiken. Aber die demografische Entwicklung zwingt uns, unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Linke Wirklichkeitsverweigerung gefährdet den Sozialstaat. In einer klugen Weiterentwicklung liegt dagegen die Chance zu seiner Bewahrung und Festigung.

Das ist konservativ – denn wir bleiben unseren Grundsätzen treu.

Das ist progressiv – denn wir tragen dramatischen Veränderungen Rechnung.

Die Zukunft gestalten kann nur, wer einen Kompass hat und wer sich den Herausforderungen der Zeit stellt!

Grundsätze sind nichts für den Bilderrahmen oder das Bücherregal. Sie müssen im Leben heutiger Menschen, in der Gestaltung heutiger Lebensverhältnisse Gestalt gewinnen. Das ist unser Anspruch!

Liebe Freundinnen und Freunde,

dafür, dass wir „mitten im Leben“ stehen, „nah bei den Menschen“ sind, sorgen nicht zuletzt unsere Kommunalpolitikerinnen und **Kommunalpolitiker** sowie unsere Vereinigungen.

Und wenn wir uns nun in der Koalition darauf verständigt haben, eine Verstetigung und Verbesserung der kommunalen Finanzen zu erreichen, dann geht es um mehr als um Fragen der Finanzarchitektur unseres Landes. **Kommunales Engagement ist das Lebenselixier der Demokratie.**

Unsere Vereinigungen sorgen dafür, dass Frauen und Männer, Junge und Erfahrene, Arbeitnehmer und Selbstständige sich einbringen, mitwirken an der Formulierung einer Politik die das Ganze im Blick hat. Das macht uns als Volkspartei aus.

Das ist die Grundlage. Die Türen zu uns zu öffnen, reicht aber nicht allein.

Wir müssen uns den Menschen zuwenden und genau hinzuschauen:

- Wie steht es beispielsweise um Jugendliche, für die das **Internet** nicht nur ein Medium, sondern ein Lebensraum ist? Tun wir genug, um sie anzusprechen?
- Wie steht es um **Alleinerziehende**, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur allzu oft an der Wohnungstür endet? Was tun wir, um diese Türen zu öffnen?
- Wie steht es um die **Migranten**, von denen nicht wenige bereits erfolgreich Bereiche der Wirtschaft, der Medien und

der Kultur in unserem Land prägend mit gestalten. Laden wir Sie intensiv genug ein, in unserem Reihen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens mitzuwirken?

Wer Menschen zusammenführen will, wer einen fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen erarbeiten möchte, braucht **Maß und Mitte**.

Diese **Mitte** ist – manchen Unkenrufen zum Trotz – eine ziemlich präzise politische Standortbestimmung.

Wir stehen für die berechtigten Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die berechtigten Anliegen der Wirtschaft!

Deshalb haben wir Verbesserungen bei der Unternehmen- und Erbschaftsteuer vorgenommen und zugleich einen Abbau beim Kündigungsschutz oder der Mitbestimmung abgelehnt.

Das ist Soziale Marktwirtschaft christdemokratischer Prägung!

Um diesen Kurs geht es bei der bevorstehenden Landtagwahl in Nordrhein-Westfalen! Dafür kämpfen wir an der Seite unseres Freundes, Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers!**

Unter seiner Führung hat die erfolgreiche christlich-liberale Koalition in Düsseldorf **das Land vorangebracht:**

- mit tausenden neuen Lehrerinnen und Lehrern,
- besseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen,
- einer moderneren Infrastruktur und
- heute – trotz Krise – mehr Arbeitsplätzen als noch vor fünf Jahren nach Rot-Grün!

Diese **Erfolgsstory** muss fortgesetzt werden!

Die **SPD** hat nichts zu bieten.

Die unausgegorenen Vorschläge ihrer Spitzenkandidatin zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen – Stichwort „symbolischer Aufschlag“ fürs Straßenfegen – verhalten **kraftlos**.

Mit einem Zickzack-Kurs und einem Linksbündnis im Blick verabschiedet sich die SPD von ihrer „Agenda 2010“. Logik spielt dort keine Rolle.

Hat man noch vor Wochen, die von uns durchgesetzte Anhebung des **Schonvermögens** beim Arbeitslosengeld II klassenkämpferisch als Geschenk an „reiche Arbeitslose“ diffamiert, so will man nun künftig auf eine Vermögensprüfung gänzlich verzichten.

Besonders peinlich sind die ständigen Entgleisungen von SPD-Chef **Gabriel**. Da wird mal die FDP als „verfassungsfeindliche Partei“ beschimpft, mal Wirtschaftsvertreter als „Lumpenelite“.

Ich sage dazu: Wer sich selbst nicht im Griff hat, dem kann man nicht vertrauen!
Lieber Jürgen Rüttgers,

die CDU Deutschlands kämpft an Deiner Seite für die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition in Düsseldorf. Dies ist im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen, aber auch im Interesse einer guten Politik im Bund.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir denken in diesem Tagen – auch im Rahmen dieses Bundesausschusses – an die ersten und einzigen freien **Volkskammerwahlen** am 18. März 1990, vor 20 Jahren zurück.

- Die friedliche Revolution in der **DDR** ausgehend von Friedensgebeten und anschließenden Demonstrationen,
- der Kampf gegen die gefälschten Kommunalwahlen und
- die Durchsetzung der ersten freien Volkskammerwahlen ...

... kennzeichnen die mutigen Schritte der Selbstbefreiung und der Verantwortungsübernahme der Menschen in der früheren DDR. Sie veränderten die Geschichte unseres Volkes und machten die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erst möglich.

Viele derjenigen, die damals mutig diese Schritte in die Freiheit begingen, wirken heute an führender Stelle in der CDU Deutschlands mit. Dies macht die CDU, die stets an der deutschen Einheit festgehalten hat, wahrhaft zur **Union Deutschlands**.

Zur Dankbarkeit für die friedliche Revolution und die Erlangung der deutschen Einheit vor 20 Jahren gehört die Erinnerung an das Unrecht des DDR-Regimes. Wir werden nicht zulassen, dass dieses Unrecht verschwiegen, geleugnet oder kleingeredet wird.

Und wir werden es der SPD nicht durchgehen lassen, wenn sie nur aus Machtkalkül mit den Tätern von einst gemeinsame Sache macht.

Unweit von hier, im Landtag von **Brandenburg**, erreicht die Zahl früherer Stasispitzel bereits Fraktionsstärke und Justizminister **Schöneburg** kritisierte noch 2002 die Verfahren zu den Todesschüssen an der Mauer. Für den heutigen Chef der Justiz hatten die Gerichte – wohlgermerkt die Gerichte – [Zitat] „*viel zu viel Verfolgungseifer*“.

Dass solche Leute bereits wieder Regierungsverantwortung tragen, ist eine Schande! Und alleine die SPD trägt dafür die Verantwortung!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Lothar de Maizière hat am Donnerstag (18. März 2010) aus Anlass des 20. Jahrestages der einzigen und freien Volkskammerwahl im Deutschen Bundestag ein leidenschaftliches „**Plädoyer für die Freiheit**“ gehalten.

Uns treibt die Begeisterung für diese Idee der Freiheit an.

Und die Liebe zu unserem Land. Nicht, weil dieses Land, unser Volk besser wäre als Andere. Keinem im Kreise der Gründerinnen und Gründer der CDU wäre dies in den Sinn gekommen. Im Gründungsaufwurf sprechen sie von dem „*Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat.*“

Wir lieben dieses Land, weil es **unser Land** ist.
So selbstverständlich wie Menschen in aller Welt ihre Heimat lieben.

Wir wollen in diesem Land die Grundlagen für eine gute Zukunft unserer Kinder – meine Frau Heidi und ich haben vier Kinder – und kommender Generationen legen.

Dieser Verantwortung werden wir aber nur gerecht werden können,

- wenn wir uns immer wieder neu begeistern lassen von der Idee der Freiheit,
- wenn es uns gelingt, auch Andere immer wieder für diese Idee zu begeistern!

Daran will ich arbeiten.

Mit Ihnen.

Mit und in unserer Partei.

Ich bitte Sie für diese Arbeit um Ihr Vertrauen. Danke!